



Seminar für Lebensphilosophie,
Kommunikation und Rhetorik
Dr. Xaver Brenner

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Hörerinnen und Hörer meiner Seminare,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Hinweis meines Freundes, Manfred Endebröck auf die Rede der SPD-Europa-Abgeordneten Jutta Steinruck (<http://jutta-steinruck.de/2015/07/08/meine-antwort-auf-herrn-tsipras-rede-im-europarlament-in-strassburg/>) hat mich zu einer Antwort veranlasst, deren Grundgedanken ich Dir / Ihnen unten zur Verfügung stelle: In der Hoffnung, dass diese zu einer rationalen Diskussion der Griechenlandfrage beitragen.

Europa ist ein Haus mit vielen Räumen und unterschiedlichen europäischen Kulturen. Und es ist das beste Haus, das wir heute haben.

Euer / Ihr
Dr. Xaver Brenner

Zur Griechenlandfrage: Wir haben nur dieses Haus Europa.

Jutta Steinruck spricht von den Notwendigkeiten einer politischen Debatte und den notwendigen „Strukturreformen“ in Griechenland.

Auch wir im Resteuropa hätten eine Debatte um eine **polit-ökonomische Struktur-Reform** dringend nötig. Griechenland ist in der Tat zugrunde gespart worden. Warum? Weil wir nicht über die *kulturellen* Fragen einer *Strukturreform* sprechen. Eine Strukturform ist immer eine *langfristige* Sache. Man kann ein Steuersystem nur über Jahre hinaus reformieren.

Prof. Flassbeck (Genf) hat Recht, wenn er sagt, dass es hier um zwei Geschwindigkeiten gehe.

Einem Ertrinkenden kann man nicht sagen, dass er schwimmen lernen muss, wenn er gerade dabei ist zu ertrinken. Er braucht jetzt einen Rettungsring. Und man muss ihm sagen, dass er mit einem Rettungsring um den Leib in Zukunft im Wasser der Welt-Politik und Welt-Ökonomie nicht weit kommen wird.

Also muss die **Strukturreform** die langfristige Bedingung sein für ein *kurzfristiges Hilfsprogramm*.

Stattdessen hören und lesen wir aus Straßburg, Brüssel und Berlin immer nur das eine: „In den Hauptstädten der Eurozone warten die Finanzminister auf dringende Post. Noch an diesem Donnerstag soll die neueste Reformliste aus Athen eintreffen. Mit detaillierten Vorschlägen, was die griechische Regierung tun will, um in den kommenden Jahren höhere Einnahmen zu erzielen und die Wirtschaft zu modernisieren.“ (Spiegel-online, 9. Juli 2015. Antwort auf die Rede des griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras im EU-Parlament)

Als Ökonom, nicht als Philosoph, höre ich diese Debatte nicht nur erst gestern mit Entsetzen. Seit Jahren reden zwei Partner – der Süden und der Norden – aneinander vorbei, weil lang- und kurzfristige Programme nicht zusammengebracht werden.

Langfristig braucht Griechenland eine *Strukturreform* – ausgehend von einer kulturellen Debatte um Gerechtigkeit im eigenen Land. Dort **wird und wurde** das Volk von den eigenen Reichen mit Hilfe der großen Bankensysteme der Welt über den Tisch gezogen. Dieses Problem wird zwar ins Feld geführt, lässt sich jedoch nur lösen, wenn die Griechen **selbst** die Strukturform als eine gerechte Lastenverteilung in ihrem Land durchführen. Die „höheren Einnahmen in den kommenden Jahren“ stehen aber im Moment nicht zur Verfügung.

Im Augenblick geht es darum, die weitere, in der Tendenz steigende Ausplünderung der griechischen Bevölkerung durch eben jene **Reichen** zu verhindern, die sich mit ca. 200 bis 300 Milliarden Euro ins Ausland – vornehmlich in die Schweiz, nach Deutschland und Großbritannien abgesetzt haben, um dort mit den *internationalen Fonds* auf den **Grexit** zu warten.



Seminar für Lebensphilosophie,
Kommunikation und Rhetorik
Dr. Xaver Brenner

Warum?

Der Austritt Griechenlands aus der Eurozone würde eine **Abwertung** der dortigen Notwährungen auslösen – ob Schuldverschreibungen oder Drachme ist dabei egal.

Griechenland könnte mit einer derartigen „Währung“ auf den Weltfinanzmärkten gegen die anderen Währungen **nie konkurrieren**. Die Abwertung wird auf mindestens **1 zu 4** oder gar 1 zu 6 geschätzt. (Dies wird eine Abwertung sein, die real in Preisen vor Ort stattfindet.)

Dies ist leicht vorstellbar, wenn man die Entwicklung des **Euro / „Teuro“** betrachtet, die in einem Zeitraum von zehn Jahren zu einer Abwertung der Kaufkraft um 100 Prozent geführt hat.

Was bedeutet das für Griechenland?

Die reichen Griechen werden wieder in das Land zurückkommen. Sie konnten darauf warten, dass sich der *reale Wertverlust innerhalb* der griechischen Wirtschaft, der über die letzten fünf Jahre zu beobachten ist, in der monetären Tauschsituation spiegelt.

Diese bietet die Möglichkeit, dass die Reichen IHRE geretteten Euros rücktauschen – jedoch nicht in die Papierwährung. Nein, sie würden mit IHREM GELD, der zweiten Landeswährung, dem weiterhin in Griechenland verwendeten EURO nämlich, auf dem nun *abgestürzten* griechischen Markt erscheinen.

Dieses **Verfahren** nennt sich **go short** und wurde von den Fonds erfunden, von *G. Soros* im Kampf gegen das englische Pfund erfolgreich eingesetzt (*16.9.1992 – Black Wednesday*). Er und seine Freunde in den Fonds haben damals ihr Vermögen aus englischem Pfund in die DM und den Franc getauscht. Durch den Druck, der damals auf das englische Pfund erzeugt wurde, wurde es um 30 Prozent nach unten gedrückt. Denn: Jede Zentralbank muss immer ihr Geld von den anderen Zentralbanken zurückkaufen und gibt dafür Schuldverschreibungen. Als *Soros & Friends* ihre DM- und Franc-Bestände rücktauschten, realisierten sie den Gewinn in Großbritannien. Sie bekamen **mehr** Pfund, als sie ursprünglich beim Gang über die Währungsgrenze für die Fremdwährung bezahlen mussten.

Dieses Verfahren droht nun der griechischen Bevölkerung. Sie muss damit rechnen, dass im Falle eines Grexit folgendes passiert:

- 1) Das **Fluchtgeld** (Euro) kommt zurück – **go short** – allerdings in umgekehrter Richtung.
- 2) Die Ausgangssituation in Griechenland ist jedoch **eine völlig andere** als die der Geldtransformation ins Ausland. Die Preise für Grundstücke und Fabriken, Gebäude und Schulden sind gefallen. Nicht wie in Großbritannien wurde das englische Pfund abgewertet. Das ganze Land, Griechenland wurde abgewertet.
- 3) Die Spekulanten schlagen zu. Sie kaufen die Filetstücke (Immobilien) nun in *gefallenen Geldwerten* – Schuldscheine und später vielleicht die Währung Drachme – auf.
- 4) Die **verarmte** und nun **völlig schutzlose Bevölkerung** muss ihnen schon wegen ihrer Verschuldung Häuser und Wohnungen verkaufen. Weil zuerst der **Immobilienmarkt** diese Lage *realisiert*, kommt es zu einem **gigantischen Eigentumswechsel**.
- 5) Nach den Regeln der *freien Marktwirtschaft* ist das **völlig legal**. Käufer und Verkäufer treffen sich auf dem Markt und realisieren über den Marktpreis Verluste und Gewinne. Offiziell wird dabei niemand betrogen!

Die traurige Tatsache ist, dass den Griechen niemand eben dieses **Wahnsinnszenario** offenbart, soweit ich es übersehen kann. Vielleicht gibt es in Griechenland den einen oder anderen Ökonomen, der das so sieht. Jedoch in unserem Land spricht niemand davon. Es wird allenfalls angedeutet, wenn vom Verfall der griechischen Wirtschaft gesprochen wird oder wenn gesagt wird, dass sie als nicht (mehr) funktionierende Einheit den Konkurrenzverhältnissen der Weltwirtschaft nicht gewachsen sei.

Leider wurde oder wird eine solche Rede beispielsweise in Straßburg nicht gehalten. Ganz ruhig hätte ein



Seminar für Lebensphilosophie,
Kommunikation und Rhetorik
Dr. Xaver Brenner

Wirtschaftsexperte der SPD aufstehen und sagen sollen:

„*Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Tsipras, ich möchte Ihnen aus meiner **ökonomischen Sicht** erklären, warum sie im Augenblick dabei sind, Ihr Volk in den **totalen Ruin** zu steuern und dabei auch noch den Fonds in die Hände arbeiten, deren Ziele sie eigentlich bekämpfen. (Punkte 1 – 5)...*“.

Eine langfristige Struktur-Reform und eine kurzfristige Nothilfe – beide sind über und in der Gefahr der drohenden vollständigen Verarmung des griechischen Volkes durch die eigenen Eliten und die internationalen Fonds – zusammengebunden.

Vor dieser drohenden **Katastrophe** (ein griechisches Wort für den ‚Augenblick des größten Erschütterns‘, weil ‚alles sich umkehrt‘!) sollte ‚man‘ eigentlich die griechische Bevölkerung warnen. Wer tut das? Die SPD? ver.di? Die Kanzlerin? Hr. Junker? Ich sehe nur *Prof. Flassbeck* aus Genf. Aber auch er argumentiert zu kurz.

Es ist ersichtlich, was Ökonomie, Politikwissenschaft und Philosophie erreichen könnten. Aber wir sind – gerade in Deutschland – in unserem **Bleibe-Wunsch** derart verhaftet, dass wir nicht gründlich nachdenken. Und wenn wir etwas herausgefunden haben, sagen wir es aus Bequemlichkeit nicht. Was daraus entsteht, ist eine Wand der Ignoranz, die auf uns alle zurückfallen wird.

Doch damit nicht genug. In *Der Spiegel* (Nr. 29 / 2015, S. 30) ist ein Interview mit *Oskar Lafontaine* zu lesen: „*Der Euro ist gescheitert*“. Er plädiert für die Rückkehr „*zur europäischen Währungsschlange, die wir vor der Einführung des Euros hatten – allerdings mit dem Unterschied, dass die europäische Zentralbank verlässlich interveniert, wenn einzelne Währungen des europäischen Währungssystems eine bestimmte Bandbreite verlassen.*“

Diese *Währungsschlange*, den Europäischen Wechselkursverbund im Europäischen Währungssystem (EWS) hatten wir. Sie hat genau zu der Situation geführt, die dann *Soros & Friends* ausnutzten. Bricht die Eurozone auseinander, dann wird gegen den nächsten schwachen Kandidaten von den „Märkten“ spekuliert. Das sind **Italien**, Portugal, Spanien oder auch Frankreich.¹

Es gibt keinen Weg zurück in der Zeit! Der Weg in der Vor-Sorge führt nach vorne. Allerdings immer in eine Zukunft, die wir nicht kennen, aber mit Verstand und Mut erfinden und dadurch meistern können.

Wir leben in einer Weltgesellschaft und haben eine Welt-währungs-situation die eigentlich eine Welt-innen-politik erfordert. Eine solche haben wir nicht. Zwischen den imperialen Systemen – der USA, dem wiederaufsteigenden Russland und China – hat Europa nur als Einheit eine Chance.

Wegen vergleichsweise lächerlichen 57 Milliarden EUR und einer allerdings sehr großen geistigen Anstrengung für eine europäische Strukturreform sind wir im Augenblick dabei, den Ast auf dem wir als Europäer sitzen abzusägen.

Einer solchen Aussicht gilt es durch eine rationale, solidarisch-demokratische Debatte zu begegnen.

¹ Frankreich ist im Vergleich zu Deutschland und der hier gestiegenen Produktivität (Lohn-Stück-Kosten) enorm zurückgefallen. Zum europäischen Vergleich siehe auch: www.flassbeck-economics.de